

ndheitsbier  
i Lichtenstein,  
nerstraße.  
ffees

rant, Leipzig,  
ng gebracht.

nstrasse,

ester Rüstung.  
firma Max Richter  
Grosse Einkäufe  
sorgsamste Prü-  
Mischungen nach  
fültig eingerichtete  
higkeit der Firma  
ich dieselbe durch  
reits erworben hat.  
fe. Ohne Konkurrenz!  
mpfehlung einem ge-

ie Frauenlängen  
ämpfe von 1 M  
or 80 Pf.

innerstr. Nr. 1b,  
äufer.

hndorf,

großes Lager von  
ern, bänden zu äußerst  
Konfirmations-  
smäßige Schul-  
bold auf Gesang.

Lehrling  
bofer, Elektrisches  
geschäft, Gallnberg.  
der Bäderlehrling  
t bei  
Paul Weise.

o p o n  
g und empfiehlt  
napothek  
in-Gallnberg.  
Kräutergewölbe.

eversaft,  
Pfa., empfiehlt  
e Lichtenstein G.  
Kräutergewölbe.  
Pferdebesitzer  
nsche's  
d Schneidärter  
Pferde  
Pferde vor früh-  
affen. Steifwerden,  
kräfte, und macht  
fähig gegen Ver-  
stauchungen u.  
und 1.80 in der  
zum Kreuz  
Kießmann.

brenner  
nd beste Spiritus-  
nner, ca. 50 Flaschen  
Spiritusverbrauch  
nde, auf jede 14"  
ngelampe passend.  
od. Reinhold,  
berg, Kirchgasse.  
ein Spiritus-Glü-  
ständig im Ge-  
ten.

latur  
Brüder Koch,  
ucterei.

# Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

früher  
Wochen- und Nachrichtenblatt  
zugleich

Tageblatt für Hobndorf, Nödlitz, Berndorf, Kürzdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Lichtenstein, Mülsen, St. Nicolas, Jacob, Michel, Stangendorf, Thurm, Niedermülzen, Leibschwappel und Litzschheim.

## Amtsblatt für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein.

älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk.

54. Jahrgang.

Nr. 30.

Berufsprech-Anschluß:  
Nr. 7.

Sonnabend, den 6. Februar

Telegrammadresse:  
Tageblatt. 1904.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtag) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf.  
Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Beiträge nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwischenstrasse 397, alle kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Ausländer entgegen.  
Anserate werden die fünfseitige Korpusseite oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.  
Im „amtlichen Teil“ wird die zweisämtliche Seite oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die fünfseitige Seite 16 Pfennige.

### Die glückliche Wendung der Dinge in Deutsch-Südwestafrika.

Die deutsche Ausdauer und Tapferkeit hat in überraschender Weise noch ehe die neuen Hilfsstruppen in Deutsch-Südwestafrika eingetroffen sind, mit der geringen Anzahl der dort vorhandenen Schutztruppen die Hereros und deren Bundesgenossen, die Damara, auf allen Punkten in die Flucht geschlagen. Die von Süden herbeigeeilte Kompanie Franke mit zwei Kompanien hat die von den Hereros belagerten Plätze Windhuk und Okahandja entsetzt und zwar Okahandja bereits am 27. Januar, also am Geburtstag des deutschen Kaisers, und vor Windhuk wurden die Hereros noch einige Tage früher vertrieben. Die Truppen des Leutnants Franke haben sich alsdann mit den Truppen des Leutnants v. Bülow vereinigt und haben bereits am 28. Januar das Hauptlager des Feindes am Kaiser-Wilhelmsberg angegriffen und nach schärfstem Kampfe erstürmt. Darauf haben sich die Hereros und Damaraege mit allem erbeuteten Vieh in die Ostsüdostgaberge zurückgezogen. Ein schwerer Auf ist mit diesem Siege der deutschen Schutztruppen von der Verwaltung der deutschen Kolonien genommen, denn es hat sich doch gezeigt, daß die schon vorhandenen Schutzmittel auch für schwierige Verhältnisse genügt hätten und nur das Zusammentreffen des Aufstandes der Hereros mit dem Umstande, daß der Gouverneur Leutwein mit der Hauptmacht der Schutztruppen zur Unterdrückung des Aufstandes der Bondelzwarts nach dem Süden gezogen war, das Unheil verursacht hat. Inzwischen ist der Oberleutnant Winkler mit dem ersten Schutztruppendezug auf dem Dampfschiff „Ernst Woermann“ bereits in Deutsch-Südwestafrika eingetroffen und der Gouverneur Leutwein ist ebenfalls zu Schiff in Swakopmund angekommen, nachdem er die Bondelzwarts unterworfen und ihnen die Gewehre abgenommen hat. Mit verzweifelten Kräften wird daher nun die deutsche Verwaltung den Feldzug gegen die Hereros und die Damara fortsetzen und nicht eher ruhen, als bis sie in ihren Bergen besiegt und entwaffnet und zur Herausgabe des erbeuteten Viehs gezwungen werden sind. Sicherlich sind die Greuel und Verstümmelungen, welche die Hereros angerichtet haben. Alle Farmen, Niederlassungen und Bahnhöfe in den Bezirken von Windhuk, Okahandja und zum Teil auch von Karibib sind von den Hereros zerstört worden. Sogar die Kasernen der Gebirgsbatterie in Johann-Albrechtshöhe haben sie vernichtet. Ferner haben sie 44 Ansiedler, Frauen und Kinder, ermordet und verstümmelt, und außerdem hat der Aufstand auf deutscher Seite ungefähr 50 Soldaten, Beamten, Ansiedlern und Kaufleuten das Leben gekostet. Der Aufstand der Hereros ist deshalb nicht als ein Freiheitskrieg, sondern als ein ganz gemeiner Raub- und Plünderezug zu betrachten. Die Aufständischen haben wie Verräuber gehandelt und müssen auch als solche bestraft werden. Soweit man der Hättinge und Führer der Hereros habhaft werden kann, sollten alle gehängt werden. Die verübten Greuelaten und Verstümmelungen fordern eine solche Sühne, auch müssen die Hereros für immer unabschöpflich gemacht werden, damit die so schwer heimgesuchte Kolonie sich in Ruhe entwickeln kann. Es kommt auch dazu, daß die Hereros die neuen Untertanen Deutschlands geplündert und einen elenden Verfall begangen haben. Solcher Lüste und Raublust kann man nicht mit Nachsicht und Milde begegnen, diese würde bei den wilden Völkern als Schwäche ausgelegt werden.

### Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Von unserem Berliner parlamentarischen Berichterstatter.

in, Berlin, 4. Februar 1904.

Die erste Lesung der Vorlage über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- haft nahm noch die ganze heutige Sitzung in Anspruch. Dass die Beratung wesentlich neue Momente

ergeben hätte, die für das Gesetz von Bedeutung sind oder noch werden können, sah wohl niemand behaupten. Im allgemeinen bestand die Debatte in zwei sozialdemokratischen Reden und in Erwiderungen einiger in verschiedenen Parteilagen stehender bürgerlicher Abgeordneter. Während die Sozialdemokraten dem Beispiel ihres Genossen in der gestrigen Sitzung folgten, ja denselben in bezug auf die Verbürgtigung des Gesetzes im allgemeinen und der Richter im besonderen noch zu übertrumpfen versuchten, verteidigten die bürgerlichen Vertreter die guten Absichten des Gesetzgebers und nahmen sich mit besonderer Wärme des deutschen Richterstandes an. Außerdemlich das Haus beinahe irgend einem Juristentag, denn von den sechs Rednern nennt sich Abg. Deppe Landgerichtspräsident, die Abg. Grüber und Müller-Meiningen Landgerichtsräte, der Abg. Lucas Amtsrichter und der Abg. Stadthagen Rechtsanwalt a. D. In der Art der Verteidigung der Richter machte allerdings der Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. v. Bpt.) eine Ausnahme, indem er unter großem Beifall sah der ganzen Linken gewisse unerhörte Gerichtsurteile der letzten Jahre scharf geißelte und betonte, daß man sehr wohl von einem teilweise verloren gegangenen Vertrauen zum Richterstande sprechen könne. Nicht nur liberale und sozialdemokratische Blätter behaupteten das, sondern auch der christlich-konservative Reichsbote hätte in einem gehärteten Artikel auf diese bedauerliche Tatsache hingewiesen. Das gesuchte Niveau des Richterstandes habe man nicht durch Hellmalerei, sondern durch eine schonungslose Kritik der vorhandenen Mißstände, denn nur dadurch könnten manche Richter zur Vorsicht bei der Rechtsprechung gezwungen werden.

In den Reden der sozialdemokratischen Abg. kam fast nur das Misstrauen gegen die Auslegung der Entschädigungsparagrafen durch die Richter und Staatsanwälte zum Ausdruck. Sehr zu freiten kamen ihnen bei ihrer Argumentation eine Reihe von richterlichen Missgriffen, die prinzipiell bedauerlich sind, die aber weder vom Regierungsrat, noch von bürgerlichen Abgeordneten verteidigt oder beschönigt sind. Wenn die äußerste Linke diese Missgriffe als maßgebend dafür erachtet, mit großer Wucht gegen das ganze Gesetz zu Felde zu ziehen, so geschieht es wohl mehr aus grundsätzlicher Opposition als aus Lieberzeugung. Diese Anschauung kam besonders in der Rede des Abg. Grüber (C.) zum Ausdruck, der dem Abg. Frohme nachwies, daß dieser im Jahre 1883 mit großer Begeisterung für einen nicht einmal so weit gehenden Antrag der freien Abg. eintrat und heute das wesentlich bessere Gesetz in Grund und Boden verdamme. Die süddeutsche Dürheit des Abg. Grüber bei der gelungenen Beweisführung dieser sozialdemokratischen Widerprüche veranlaßte einen minutenlangen Beifall auf der rechten und großen Heiterkeit auf der ganzen nichtsozialdemokratischen Seite des Hauses. Als er des weiteren in seiner gemütlichen Art den Abg. Frohme für die Gesprächigkeit des Abg. Stadthagen nicht verantwortlich machen wollte, brach das Haus wiederum in schallende Heiterkeit aus, ein Beweis, daß Herr Stadthagen bei den Reichsboten nicht mehr ernst genommen wird. Allerdings passierte Herrn Grüber das Malheur, daß der Präsident am Schluss den von ihm im Laufe seiner Rede gebrauchten Ausdruck Blödsinn in Anwendung auf die Konsequenzen der sozialdemokratischen Gedankengänge zum Gegenstand einer längeren ernsten Ermahnung mache, in dem er die Herren Kollegen bat, sich solcher Straftausdrücke zu enthalten; denn ihre Anwendung schädigte das Ansehen des Reichstages.

Der gestern gestellte konservative Antrag, zur Weiterberatung einer 14gliedrige Kommission zu errichten, wurde hierauf einstimmig angenommen und die Sitzung um 5 Uhr geschlossen.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

In der zweiten sächsischen Kammer gab es am Mittwoch eine große wahlpolitische Debatte: dieselbe traf die mittels Reg. Dekrets Nr. 24 vorbereitete Denkschrift über die schwedende Frage der Reform des Wahlrechtes zur zweiten Kammer und die hierzu teils von konservativer, teils von nationalliberaler Seite gestellten Anträge. In längerer Rede erläuterte und begründete Minister v. Meißn die Denkschrift und die in ihr enthaltenen Vorschläge der Regierung zur Umgestaltung des Landtagswahlrechtes, hierbei betonend, die Regierung sei gern bereit, auch andere Vorschläge in dieser Beziehung, falls sie einen gangbaren Weg eröffnen sollten, anzunehmen. Abg. Oppiz (kons.) kritisierte die Wahlreformvorschläge der Regierung ziemlich abschäßig, stellte jedoch die Zustimmung seiner Partei zur Einbeziehung der Ergänzungsteuer in den Wahlzensus und zur Vermehrung der Wahlfreiheit der größeren Städte in Aussicht. Abg. Schlie (nat.-lib.) verlangte eine gründliche Wahlreform ohne „kleine Mittel“ und bezeichnete die gerechte Abstufung der Wahlstimmen als den Kernpunkt der ganzen Frage. Abg. Behrens (kons.) teilte im allgemeinen die Schiedschen Anschauungen, während die Abg. Gräfe (wild.-lib.) und Günther (freiz.) für unbedingte Rückkehr zum Wahlgesetz von 1868 plädierten; außerdem forderte letzter Abgeordneter die Einteilung des Landes in 82 Wahlkreise ohne Unterschied von Stadt und Land und Integralerneuerung. Der Reformer Zimmermann befürwortete ebenfalls die Wiederherstellung des Wahlgesetzes von 1868 sowie die Einführung der Wahlpflicht. Nachdem noch die Abgeordneten Höhnel (kons.) und Schulze (nat.-lib.) sowie nochmals Minister v. Meißn gesprochen, wurde die Denkschrift und die hierzu gestellten Anträge der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Der Zug in die Heere. In der Budgetkommision des Reichstags führte Kriegsminister v. Einem bezüglich des Mangels an Offiziersnachwuchs aus, es sei schwer, die Stäbe voll zu halten; der Mangel an einem Nachwuchs beeinflußte tatsächlich die Schlagnätheit des Heeres. Eine Befestigung des Lagers wünschte die Armee selbst; er weise auf die hiermit bezüglichen Bemühungen des Kaisers hin; die Uniformsänderungen seien nicht zum Vergnügen eingeführt worden. Die Achselstücke auf dem Barett der Offiziere seien praktisch. Ihm sei nichts bekannt davon, daß weitere große Uniformänderungen beabsichtigt seien. Der Staat enthalte ja auch keine bezüglichen Forderungen.

#### Österreich-Ungarn.

Zum ungarischen Parlament gewinnt die Tisza'sche Regierung endlich entschieden Oberwasser gegenüber den Oberräten. Die katholische Volkspartei beschloß die Einstellung der Oberräte, nachdem bereits die große Mehrzahl der Röththpartei zu dem gleichen Beschuß gelangt war. Jetzt besteht die Gruppe der „unentwegten“ Oberräten des Abgeordnetenhauses nur noch aus 7 Mann. In den ungarischen Regimenten wird anlässlich der Zurückhaltung der Leute des dritten Jahrganges noch immer gemeutert. In Preßburg verweigerten zahlreiche alte Leute des dortigen Husarenregiments den Gehorsam, sie konnten von der einstrebenden Wache erst nach einem formellen Kampfe verhantet werden.

#### Norwegen.

Die so ausgiebige Hilfsaktion der deutschen Dampfer „Bönica“ und „Weimar“ in Chile und ist nunmehr wieder beendet und haben dieselben die Rückfahrt nach Europa angetreten.

#### Amerika.

Mit der Regierungssache in Uruguay gegenüber den Insurgenten steht offenbar nicht zum besten. Zwar hat sich die Meldung, der Präsident